

Basel Stadt Land Region

«Wir können das nicht einfach der Politik überlassen»

Neuer Europa-Dialog Die Präsidentin der Handelskammer beider Basel, Nationalrätin Elisabeth Schneider-Schneiter, will nach dem Scheitern des Rahmenabkommens den bilateralen Weg stärken. Sie erhält Unterstützung aus dem Elsass und Baden-Württemberg.

Kurt Tschan

Abenteuerlich war nach dem Hochwasser nicht die kurze Fahrt auf dem Rhein Richtung Schleuse Kembs mit der MS Christoph Merian. Abenteuerlich war der Anlass des Treffens selbst, wie sich Martin Dätwyler, Direktor der Handelskammer beider Basel (HKBB), nach dem Anlegemanöver am Basler Westquai ausdrückte. «Wir haben den ersten Europa-Dialog lanciert», sagte er. Und dies sei das wahre Abenteuer gewesen. Gemündet ist das Treffen in einem Positionspapier der Wirtschaftsverbände des trinationalen Wirtschaftsraums.

Wie bedeutend die Initiative für Deutschland ist, zeigte die Anwesenheit von Nicole Hoffmeister-Kraut, der Wirtschaftsministerin von Baden-Württemberg, sowie dem Europaabgeordneten Andreas Schwab und einer ganzen Reihe prominenter Wirtschaftsvertreter aus dem Dreiländereck.

« Eskalation vermeiden »

Dagegen fehlten nationale Europapolitiker aus der Nordwestschweiz ebenso wie der Basler Volkswirtschaftsdirektor Kaspar Sutter und Regierungspräsident Beat Jans. Ihr Ferienkalender war offenbar nicht mit dem ersten grossen grenzüberschreitenden Europatreffen im Dreiland nach dem Scheitern des Rahmenabkommens abgestimmt worden.

Elisabeth Schneider-Schneiter, Präsidentin der HKBB, sprach nach dem Ausflug auf dem Rhein von einem interessanten Gespräch. «Wir wollen eine Eskalation vermeiden», sagte sie. Für die Wirtschaft soll kein Schaden entstehen. Da die bilateralen Abkommen der Schweiz mit der EU der Wohlstandsmotor seien, könne man das weitere Vorgehen



Vertreter der Handelskammer mit der baden-württembergischen Wirtschaftsministerin Nicole Hoffmeister-Kraut (M.). Links neben ihr Elisabeth Schneider-Schneiter. EU-Parlamentarier Andreas Schwab (2. v. r.) und ganz rechts Regierungsrat Conradin Cramer. Foto: Kurt Tschan

nicht einfach der Politik überlassen. «Wir wollen uns Gehör verschaffen», sagte die Baselbieter Nationalrätin der Mitte.

Sie reagierte damit auch auf eine Forderung von Bundesrätin Karin Keller-Sutter, die gegenüber dieser Zeitung schon vor einiger Zeit klargemacht hatte, dass den Grenzregionen eine besondere Bedeutung im Dialog mit Europa zukomme: Sie sollten Botschafter in den Hauptstädten des jeweiligen Landes sein.

Hoffmeister-Kraut befürchtet, dass nach dem Scheitern des Rahmenabkommens die Bilateralen erodieren. Das Auseinanderdriften rechtlicher Normen zwischen der EU und der Schweiz führe zu mehr Bürokratie und höheren Kosten für Unternehmen. Nach der Medizinaltechnik dürfte als Nächstes der Maschinenbau Probleme beim grenzüberschreitenden Verkehr haben. Baden-Württemberg will deshalb auf europäischer Ebene aktiv werden und Gespräche vor Ort führen.

Gut zu wissen sei, dass die Bundesregierung in Berlin die Situation gleich einschätze wie ihr Bundesland, sagte die CDU-Politikerin. Hoffmeister-Kraut gibt unumwunden zu, dass die EU solche wirtschaftspolitischen Probleme nicht brauche.

Sowohl die USA als auch China seien im Begriff, ihre globale Marktbeherrschung auszubauen. Europa drohe nicht zuletzt wegen Konflikten wie mit der Schweiz den Anschluss zu verlieren.

Obwohl auch in Baden-Württemberg die Unionsbürgerrichtlinie durchaus kritisch betrachtet wird, geht Hoffmeister-Kraut nicht davon aus, dass die EU in diesem Bereich von ihrer Haltung abweichen wird. Hier handle es sich um ein zentrales Fundament der Union, das nicht verhandelbar sei, sagte sie. Bezüglich Entscheidungsrichtlinien hält sie Kompromisse für möglich. «Auch wir wollen kein Lohndumping.»

Der Basler Erziehungsdirektor Conradin Cramer will Basel

Grenzgebiete einbinden

Die Basler Handelskammer beider Basel, die Industrie- und Handelskammer Hochrhein Bodensee und der elsässische Wirtschaftsverband CCI haben ein Positionspapier aufgesetzt. Darin verlangen sie im trinationalen Wirtschaftsraum eine Fortsetzung des bilateralen Wegs, den Abbau technischer Handelshemmnisse, die Personenfreizügigkeit und die Forschungszusammenarbeit. Beide Seiten müssten Kompromisse eingehen, heisst es und sich an den gemeinsamen Interessen orientieren. Zudem sollen grenzüberschreitende Gremien stärker in die Verhandlungen eingebunden werden. (kt)

in der Europapolitik stärker einbinden. «Wir gehen mit Verve in Bundesbern vor», sagte er. Und der Präsident der Collectivité Européenne d'Alsace, Frédéric Bierry, versprach, dass man im Elsass an einer Deeskalation des Konfliktes arbeite. «Wir schauen, dass es nicht noch schlimmer kommt.»

«15 Jahre verloren»

Der EU-Parlamentarier Andreas Schwab will die grenzüberschreitende Zusammenarbeit ebenfalls forcieren. Man habe mit dem Scheitern des Rahmenabkommens 15 Jahre verloren, sagte er. In Zeiten der Globalisierung sei das eine Menge. «Europa kann sich das nicht leisten», so Schwab.

Um den Bann zu brechen, denkt man in Brüssel bereits über neue Namen nach. So könnte aus dem gescheiterten Rahmenabkommen eine «Grenzüberschreitende Urkunde» oder ganz schlicht ein «Freundschaftsabkommen» zwischen der EU und der Schweiz werden.